

# Sächsische Volkszeitung

**Wannpreis:** Monat Juli 18 M., Einzelnummer 1 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechs Mal, viermal in der Woche und zweimal am Sonntag. **Abonnement:** Ein halbes Jahr 90 M., ein Jahr 170 M. **Verkaufspreis:** Die Einzelnummern 6 M., für Familien- und Vereinsmitglieder 4 M., für Studenten 3 M., für Arbeiter 2 M. **Die Post-Zustellung:** Die Post-Zustellung erfolgt durch den Postboten. **Abbestellung:** Die Abbestellung erfolgt durch den Postboten. **Redaktion:** Dresden A. 16, Holbeinstrasse 40. **Telefon:** 32723. **Telegraph:** 32722. **Telefax:** 32722. **Telegraphische Adressen:** Sächsische Volkszeitung, Dresden A. 16. **Telegraphische Adressen:** Sächsische Volkszeitung, Dresden A. 16. **Telegraphische Adressen:** Sächsische Volkszeitung, Dresden A. 16.

## Tageschau

Blissfeld trat zurück, nachdem er erklärt hatte, daß es ihm unmöglich sei mit Korfanty als Ministerpräsidenten zu regieren. Der Reichsanzeiger veröffentlicht in seiner Freitagnummer das Gesetz über den Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1922. Der Generallandrat des Arbeiterverbandes beschloß für ganz Italien den Generalstreik. Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik den Nationalverband Deutscher Offiziere, Landesverband Sachsen, mit sämtlichen Bezirksgruppen verboten und aufgelöst. Das Verbot des Deutschen nationalen Offizierbundes vom 8. d. Mts. wird aufgehoben. Auf einer Studienreise durch Deutschland trafen in Dresden 80 italienische Journalisten ein. Die Gäste erklärten, daß sie durch die Ruhe und Ordnung in Deutschland sehr erfreut seien, sie würden die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands aufmerksam studieren. Die französischen Truppen im Brückenkopf Koblenz sind neuerdings wieder durch ein Infanterieregiment und eine Artillerie-Batterie verstärkt worden, die aus Obersachsen gekommen sind und jetzt in Koblenz die Besatzung des Ehrenbreitstein, sowie von Koblenz-Lörsch bilden.

## Der Zerfall

Drei Wochen sind seit der Morde an Rathenau jetzt vergangen. Man hat erwartet, daß die Deutschnationalen, daß wenigstens die Fraktion der Deutschnationalen Partei in Berlin von sich aus einen Trennungsbeschluß zu den Deutschvölkischen um Wulle ziehen würde. Das ist nicht geschehen. Der Zerfall der Deutschnationalen Partei geht trotzdem vor sich denn die Deutschvölkischen geben sich nicht damit zufrieden, daß — was eigentlich das Selbstverständliche gewesen wäre — von einer offiziellen Trennung abgesehen wurde. Die Herren von Wulle und Wulle halten die Zeit gekommen, ihrerseits die Initiative in dieser Hinsicht zu ergreifen. Vorher schon hat der Abgeordnete Düringer, der unter dem alten Regime Justizminister in Baden war und jetzt zu den gemäßigten Elementen der Deutschnationalen Abgeordneten Fraktion gehört, seinerseits unmittelbar nach der neuesten Provokation durch den deutschnationalen Abgeordneten Wulle die Konsequenzen gezogen und seinen Austritt aus der Fraktion erklärt. Er wird dafür jetzt in der deutschnationalen Presse auf das heftigste bedankt.

Bezeichnend ist, daß nunmehr das „Deutsche Tageblatt“ selbst in seiner Nummer 157 vom 21. Juli von dem Zerfall der Deutschnationalen triumphierend berichtet. Herr Major Penning, Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen, war durch Enthüllungen nach dem Rathenau-Mord so stark kompromittiert, daß selbst sein eigener Wahlkreisverband gegen ihn Stellung nahm. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion sah sich genötigt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, und darauf haben Reichstagsfraktion und Parteivorstand der Deutschnationalen die Erklärung abgegeben, „daß ein weiteres Verbleiben des Herrn Abgeordneten Penning in der Deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft unerwünscht erscheint“. Das war der Punkt, der zur Entladung geführt hat. Nun steht in der deutschnationalen Presse, zu der das „Deutsche Tageblatt“ des Herrn Wulle, die „Deutsche Zeitung“ des Herrn Maurenbrecher und die einflußreiche „Kreuzzeitung“ gehören, ein wahres Mehltau-Regen ein. Der Abmarsch der Deutschvölkischen beginnt. Eine Revolution innerhalb der Deutschnationalen Partei ist ausgebrochen. Die Abgeordneten von Grafen-Goldbeck und Reinhold Wulle erklären ihren Austritt aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Das „Deutsche Tageblatt“ spricht von einem „völligen Parteiloswerden“. Man höre und staune, es ist dort von einer „Geschichte des völkischen Parteiloswerdens“ innerhalb der Deutschnationalen Partei die Rede. Heißer Dampf steigt aus diesen Enthüllungen auf. Das war und ist also die große Deutschnationale Partei, die allein die Rettung bringen sollte. Die Partei, die nach Aussage des Herrn Abgeordneten Wulle im Sächsischen Landtage allein die nationalen Belange vertreten will. Aus den Enthüllungen des „Deutschen Tageblattes“ erfährt man, daß die Deutschnationale Fraktion des Reichstages bzw. ein Teil dieser Fraktion die Abgeordneten Wulle, Penning und von Grafen-Goldbeck als unehrenhafte Last empfunden hat. Wenn wir uns recht erinnern, waren es gerade die Herren von Grafen-Goldbeck und Wulle, die in Sachen von der Deutschnationalen Partei mit besonderer Vorliebe geholt wurden, dieselben Herren, die schon seit den Reichstagswahlen von 1920 von befremdeten Elementen in der Deutschnationalen Reichstagsfraktion als unehrenhafte Last empfunden wurden. Und wenn wir uns nicht ganz täuschen, war es wiederum der Herr von Grafen-Goldbeck, der in einer deutschnationalen Versammlung in Dresden im Frühjahr 1920 eine überaus provozierende Rede hielt, die von Persönlichkeiten bekräftigt wurde, von denen man das hätte nicht annehmen sollen. Und weiterhin muß in Erinnerung zurückgerufen werden, daß vor drei Wochen, am 4. Juli, im Sächsischen Landtage der Abgeordnete Wullemann von der Deutschnationalen Partei mit Entschiedenheit eine Range für dieselben Deutschvölkischen sprach.

Zust in diesem Augenblicke veröffentlicht Herr Max Maurenbrecher, der einst mit Energie das Banner des Sozialismus schwenkte, in seiner „Deutschen Zeitung“ (Nr. 311) einen Artikel, in dem er eine „scharfe, klare, willensstärkende Forderung“ fordert und im Anschluß daran die Errichtung der „Diktatur des nationalen Willens“ verlangt. Vorher hat er als Unheil die Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechtes, nach dem 70er Kriege in Preußen, bezeichnet. Es verlohnt sich nicht, auf das Laborat näher einzugehen. Aber wenn Herr Maurenbrecher erklärt: „Als diese Stunde kommt — gemeint ist die Diktatur des nationalen Willens — geht die Nation ihren Revidierungsweg“, dann muß man sagen: Herr Maurenbrecher vergißt zu sagen, von wem diese Diktatur des nationalen Willens kommen soll. Etwas von den Deutschvölkischen? Wir danken! In einem hat Herr Mauren-

# Aufruf der Deutschen Zentrumspartei für die große christliche Partei der Mitte

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wie nahe das deutsche Volk am Abgrund steht. Jeder behauptet, das zusammengebrochene und zerrüttete Deutschland wieder erneuern zu wollen. Programmatische Ankündigungen werden zu Schlagworten, wenn nicht endlich Taten folgen. Der tiefere Grund all dieses Elends liegt bei den Parteien. Die Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres Parteiwesens ist eine Lebensfrage Deutschlands. Diese Gedanken waren richtunggebend für die letzte Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei. Wir brauchen eine starke Partei, die durch Zielsetzung, Haltung und Zusammensetzung ein. Diese Partei muß die Aufgaben der Gegenwart meistern, die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen zu aufbauender, politischer Arbeit zusammenführen. Sie muß treu zur Verfassung stehen und ihre Wurzel in allen Landesteilen Deutschlands haben. Die hier beschriebene politische Linie hat die Zentrumspartei tatsächlich eingehalten. Sie ist deshalb geeignet, sich zu dieser großen und heiligen Aufgabe anzuschließen und insbesondere auch den Teil der in letzter Zeit viel besprochenen Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Parteien abzugeben. Die obersten Instanzen der Deutschen Zentrumspartei sind aus diesen Erwägungen heraus einmütig entschlossen, den grund-

sätzlich stets vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen auch nach außen hin klar und unabweislich zum Ausdruck zu bringen. Bei den nächsten Wahlen soll eine größere Zahl nicht-katholischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben. Die Zentrumspartei ist eine deutsche Verfassungspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Landes, noch eines Landes halt machen. Ihre politische Arbeit gilt der Wiederverwirklichung des deutschen Volkstums in einem starken deutschen Reiche, der Erhaltung der christlichen Kultur. Parteiorganisation und Parteipresse sind erfüllt worden, ihrer Arbeit diese Richtlinien zugrunde zu legen und insbesondere alles Erforderliche für die Wahrung des politischen Charakters der Deutschen Zentrumspartei zu tun. Aus diesen Erwägungen heraus wendet sich die Deutsche Zentrumspartei an alle, die guten Willens sind, auf diesem Boden mitzuarbeiten, gleichviel, welcher Konfession sie angehören. Die Deutsche Zentrumspartei bietet die Hand zu einer national-politischen Tat, Deutsche und Christen, tut eure Pflicht! Der Reichsparteivorstand des Dr. Max R. v. N., Reichspräsident, I. Vorst. der Deutschen Zentrumspartei.

## Der Auswärtige Ausschuss über die Finanzkontrolle

in Berlin, 22. Juli. Ueber die Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der sich mit den Forderungen der Garantiekommmission befaßt, berichtet das Reichstagsblatt noch folgende Einzelheiten: In dieser Sitzung lag der Bericht des Garantiekomitees an den Reichsanwalt bereits in vollem Wortlaut vor. Er wurde nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Abg. Dr. Stresemann, von Reichsanwaltminister Dr. Bernow nochmals kurz erläutert. In der darauf folgenden Debatte stellte sich heraus, daß die meisten Mitglieder des Ausschusses noch vorgefesselt der Meinung gewesen waren, daß die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee noch nicht abgeschlossen seien und erst nach der Befragung des auswärtigen Ausschusses abgeschlossen werden sollten. Mit einiger Heberausforderung hat man daher im Ausschuss davon Kenntnis genommen, daß die Verhandlungen bereits vollständig abgeschlossen sind. Die Debatte war ziemlich lebhaft. Von den Deutschnationalen ergriff Dr. Helfferich das Wort. Er erhob heftige Angriffe gegen die Reichsregierung, während der unabhängige Dr. Breitscheid und der Weltanschaulich Stämpfer das Verhalten der Reichsregierung zu verteidigen suchten. Auch Reichsanwalt Dr. Wirth ergriff im Laufe der Debatte das Wort zu einer kurzen Erklärung. Für die Deutsche Volkspartei sprach der Abg. Daus, der den schweren Bedenken seiner Fraktion Ausdruck gab. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei glaubt man trotz aller gegenwärtigen Versicherungen, daß die mit der Garantiekommmission vereinbarten Bedingungen die Preisgabe zum mindesten eines Teiles der deutschen Finanzhoheit bedeuten und man befürchtet, daß angesichts der Ungewissheit, die immer noch über das Moratorium besteht, daß der Preis für einen sehr geringen Erfolg bezahlt worden sei.

parationskommission soll sich dieser Bedingungen bedienen, um die Garantie für irgend eine Kreditoperation zu schaffen. Ferner fordert Poincaré, daß die Reparationskommission öffentlich die abschließende Forderung Deutschlands feststellt, damit die Bedingungen der §§ 17 und 18 des Anhangs 2 vom Teil 8 des Versailler Vertrages durchgeführt werden können. Poincaré will sich das Recht zu Strafmaßnahmen unbedingt sichern, weshalb er von der Reparationskommission die öffentliche Feststellung der Verletzung Deutschlands fordert. Endlich verlangt Poincaré, daß ein Moratorium für Deutschland 5-6 Wochen nicht überschreiten dürfe. Diese Forderungen des französischen Ministerpräsidenten sind die härtesten Zumutungen, die Deutschland seit dem Schluß des Weltkrieges vorliegen. Aber selbst mit solchen Forderungen ist ein chauvinistischer Heber wie Poincaré im Echo de Paris nicht zufrieden. Sondern er erklärt, daß das 5-6wöchige Moratorium an Deutschland nicht gewährt werden dürfe, wenn nicht Strafmaßnahmen und Garantien ergriffen würden. Das linke Altschiff und die Ruhe spielen in dieser Besprechung natürlich eine Rolle und Vertling behauptet, daß davon in der Note des französischen Ministerpräsidenten nicht die Rede sei. Ferner erklärt Poincaré, daß alle Beschlüsse des Garantiekomitees wertlos seien. Sie würden nur dann irgend etwas bedeuten, wenn man die Karte auf irgend einem Niveau erhalten könnte. Aber von dieser Stabilisierung sei man weiter entfernt denn je. Könnte man das ganze wirtschaftliche und finanzielle Leben Deutschlands überwachen, dann hätten die Beschlüsse des Garantiekomitees irgend welche Bedeutung. Das Garantiekomitee selbst wird seinen vollständigen Bericht erst in etwa 8 Tagen vorlegen.

### Poincaré an die Reparationskommission

Paris, 21. Juli. In seinem Briefe an die Reparationskommission forderte Poincaré, daß vor der Bewilligung des neuen Moratoriums, die Reparationskommission neue Bedingungen aufzulegen habe. Die schwerwiegendste darunter ist die, daß Deutschland sofort eine ganze Reihe von Staatsbesitzungen, Immobilien Charakter, Domänen, Wälder, Staatsbergwerke, sowie anderes Staatseigentum aller Art auszuliefern habe. Die Re-

### Kommt die Kontrolle?

Man schreibt uns aus der Reichshauptstadt: Erschreckend sind die ersten Mitteilungen, die jetzt aus Paris eintreffen und sich mit den deutschen Reparationszahlungen beschäftigen. Es verlautet, daß die Kontrollkommission, die in diesem Falle „Garantiekomitee“ heißt, bereits vier fest umschriebene Grundzüge nach Paris gegeben habe, welche ihre Stellung kennzeichneten. Wenn man den vorläufigen Berichten glauben darf, so hat anscheinend eine jede der vier Unterkommissionen, die bei den Verhandlungen in Berlin gebildet worden sind, einen Satz als Resultat ihrer Beratungen aufgestellt. Es war während der Tätigkeit dieses Garantiekomitees in Berlin, die am 17. Juni aufgenommen worden war, folgende Verteilung vorgenommen worden: 1. Ausschuss für die Einnahmen des Reiches, 2. Ausschuss für die Ausgaben des Reiches.

alter des...  
persönlich...  
da mir...  
er Feind...  
Drohun...  
in der...  
gab mir...  
Schwager...  
partmann...  
ergebener...  
begang auf...  
und daß...  
zuführen...  
hatte ihm...  
„fiel...  
gend eine...  
be fogar...  
ns Worte...  
ch irgend...  
waren...  
nicht ein...  
Ich hab...  
diese be...  
g ausge...  
einem...  
Brieftasche...  
lich groß...  
? feugle...  
darüber...  
ausgestellt...  
hiefs. Ich...  
s Wolf...  
Ich löste...  
legte es...  
sich trug...  
hen noch...  
Wie groß...  
Kindner...  
ne?“...  
für Bank...  
um folat...  
arbeiten...  
bowie...  
diver etc...  
t in der...  
rogerie...  
meistr. 141...  
traße. 141...  
Teo...  
smittel...  
ersten bei...  
hold...  
17...  
artin...  
Stein...  
rfurt...  
ger 16...  
Ecke...  
hofstraße...  
tsquelle...  
ast, Linon...  
Bettücher...  
mdentuch...  
Taschen...  
phont-und...  
aterhoson...  
nemden...  
rfurt...  
okstr. 9, pt...  
tspiele...  
rtstraße 23...  
t...  
Juli...  
Spielplan...  
Kristall...  
Mine...  
pla, dem un...  
darsteller...  
Dunkle...  
in 6 Akton...  
Hauptrolle...